

Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte

Veranstalter: Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam; Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam; Universität Hamburg; Universität Düsseldorf; Universität Paderborn

Datum, Ort: 01.02.2019, Potsdam

Bericht von: Darius Harwardt, Historisches Institut, Universität Duisburg-Essen / Ruhr-Universität Bochum

Das Denken und Handeln extrem rechter Akteure begleitete die Bundesrepublik seit ihrer Gründung und ist damit genuiner Bestandteil der zeitgeschichtlichen Forschung. Dennoch behandelten Historiker das Thema bislang eher lückenhaft und überließen die meisten Studien zur sogenannten „Neuen Rechten“ anderen Disziplinen wie der Politik- und Sozialwissenschaft. Deren Vertreter wiederum verwiesen des Öfteren darauf, dass Begriffe wie „Neue Rechte“, „Rechtspopulismus“ oder „Rechtsextremismus“ historisiert werden müssten, um Ausdifferenzierungen besser sichtbar zu machen. So ist den allermeisten Wissenschaftlern, die sich mit der Erforschung der extremen Rechten befassen, allzu bewusst, dass nur enge interdisziplinäre Zusammenarbeit diesem heterogenen Themenkomplex gerecht wird. Der Workshop knüpfte an diese Forderung an und setzte sich zum Ziel, interdisziplinäre Perspektiven auf die zeitgeschichtliche Erforschung der extremen Rechten auszuloten und mögliche Kooperationen zu initiieren.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von FRANK BÖSCH (Potsdam), der darauf verwies, dass sowohl die Problematik der Begrifflichkeiten als auch die Reflexion des Beobachtungsstandpunktes alle Disziplinen vor Herausforderungen stelle. So gelte es, den fließenden Übergängen des politischen Spektrums durch einen breiten Zugriff gerecht zu werden, ohne dabei Pauschalisierungen vorzunehmen. Neben dem zeitgeschichtlichen Fokus auf Wandlungsprozesse seien vor allem Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Perspektiven sowie Fragestellungen der Genderforschung stärker zu berücksichtigen.

YVES MÜLLER (Hamburg) betonte in sei-

nem einführenden Vortrag, dass Politikwissenschaftler wie Kurt P. Tauber schon in der frühen Nachkriegszeit auf problematische Kontinuitäten des antidemokratischen Nationalismus verwiesen hätten, während die Geschichtswissenschaft noch bis in die 1960er-Jahre eine stabilisierende Defensivposition eingenommen und sich zu lange ausschließlich mit der Epoche des Nationalsozialismus befasst habe. Erst das Erstarren der NPD habe die ersten zeithistorischen Studien zur antidemokratischen Rechten in der Bundesrepublik initiiert, die sich zunächst vor allem mit parteipolitischen Strukturen, später jedoch auch mit sozialen Bewegungen und ideengeschichtlichen Ansätzen beschäftigten. Die Stärke der Zeitgeschichte liege dabei insbesondere darin, die historische Entwicklung der Rechten als „Vorgeschichte der Gegenwart“ zu interpretieren und dabei auch Diskurse revisionistischer Geschichtspolitik in den Blick zu nehmen.

Zu Beginn des ersten Panels beleuchtete DOMINIK RIGOLL (Potsdam) den Umgang des alliierten Besatzungsregimes mit der Gefahr von rechts. So habe die rigide behördliche Kontrolle und *Re-Education* zu einer Radikalisierung ehemaliger NS-Eliten und Solidarität seitens der Bevölkerung geführt. Die „Umarmungspolitik“ der frühen Bundesrepublik habe auf diese Probleme reagiert, indem sie ehemalige NS-Eliten in die junge Demokratie einband. Dies geschah jedoch nicht nach dem sozialdemokratischen Prinzip des „Demokratieschutzes“, das auch eine rechte Unterwanderung des Staates hätte verhindern sollen, sondern nach dem christdemokratischen Prinzip des „Staatsschutzes“, das selbst radikalnationalistische Kräfte über den Antikommunismus integriert habe. Die staatsrechtliche Stabilisierung der Bundesrepublik sei damit um den Preis eines Rechtsrucks erfolgt, der innerhalb der Parteien und Behörden vollzogen wurde.

SARAH SCHULZ (Kassel) betonte im Anschluss, dass das Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 durch das Bundesverfassungsgericht (BVG) nicht nur erstmals den Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einführte, sondern zugleich eine Geschichtsdeutung des Nationalsozialismus vermittelt habe, die die Wahrnehmung

des Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit entscheidend geprägt habe. Kennzeichnend sei hierbei der konstruierte Gegensatz zwischen einer romantisierten jugendlichen Männlichkeit, die von einer straff organisierten Führung manipuliert und verführt worden sei. Mit dieser Interpretation habe das BVG zugleich ein Bedrohungsszenario der „kalten Revolution“ skizziert, das sich nahtlos auf die Gefahr der „Unterwanderung“ durch den Kommunismus übertragen ließ.

JULIA KLEINSCHMIDT (Göttingen) stellte zu Beginn des zweiten Panels heraus, dass sowohl Migration als auch der oft damit verbundene Rassismus bislang zu den „blinden Flecken“ der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik gehörten. Spätestens ab den 1980er-Jahren sei die Identität der Bundesrepublik auch durch die Zuschreibung der Zugehörigkeit von Einwanderern verhandelt worden, woran sich rechtsextreme Akteure im Rahmen zahlreicher „Asyldebatten“ beteiligt hätten. Zwar konzentrierten sich ihre Handlungsfelder vornehmlich auf Wahlpropaganda und Gewalt, zugleich beeinflussten die von gesellschaftlichen Ängsten geprägten Diskurse jedoch auch Regierungskoalitionen und die zunehmend restriktive Migrationspolitik. Sowohl antimuslimische Stereotype als auch der Vorwurf einer gezielten „Asyl-Invasionspolitik“ seien so als rechtsextreme Narrative etabliert worden.

Daran anschließend befasste sich CHRISTOPH SCHULZE (Potsdam) mit zeitgeschichtlichen Perspektiven auf die Kultur des Rechtsrock am Beispiel von Brandenburg und unterstrich, dass sich gerade im nicht explizit politischen Denken und Handeln des Rechtsextremismus reproduktionsfähige Ideen und Formen der Identitätskonstruktion beobachten ließen. So verdeutliche der Rechtsrock nicht nur militante Organisationsstrukturen und Kulturen der Gewalt, sondern ebenso transnationale Vernetzungen einer extremen Rechten wie auch die Funktionsweise politischer Instrumentalisierung von Jugendkultur. Dabei gelte es genauso Dimensionen von Geschlechtskonstruktionen stärker zu thematisieren wie die bislang kaum erforschte Skinhead- und Neonazi-Szene in der DDR.

An diese Forderung knüpfte HENRIKE

VOIGTLÄNDER (Potsdam) zu Beginn des dritten Panels an und präsentierte die Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit auf rechtsextreme Frauen in der DDR anhand des Materials einer 2016 eröffneten Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung. Die Praxis der DDR-Führung, Rechtsextremismus als Problem des „Westens“ zu externalisieren, verknüpfte sich hierbei mit geschlechtsspezifischen Stereotypen. So habe man Frauen aus der Neonazi-Szene entweder aufgrund von „Rowdytum“ oder einer „asozialen Lebensweise“ entpolitisiert, um rechtsextreme Hintergründe zu kaschieren, ihnen aber zugleich eine eigene politische Einstellung nur selten zugehört und sie im Zweifelsfall als „Mitläuferinnen“ klassifiziert. Eine mikroperspektivische und quellenkritische Auswertung der MfS-Akten sei daher auch für die Rechtsextremismusforschung ergiebig.

ANKE HOFFSTADT (Düsseldorf) problematisierte im letzten Vortrag des Tages die Darstellung von Gewalt sowohl in rechtsextremen Comic-Strips als auch in Graphic Novels aus der historisch-politischen Bildungsarbeit. Die Wirkung auf die häufig jungen Rezipienten sei dabei in beiden Fällen nur wenig erforscht, knüpfte jedoch an zentrale zeitgeschichtliche Fragestellungen nach der Vermittlung von Emotionen sowie hegemonialen Konstrukten von Männlichkeit an. Politisch aufklärerische Comics seien inzwischen als Format der journalistischen Reportage akzeptiert, nutzten jedoch sowohl drastische Gewaltszenen als auch NS-Symbolik zum Teil nur illustrativ. Während Gefühle nach Gewalttaten nur selten dargestellt würden, sei eine solche Erweiterung der Perspektive in der politischen Bildung sinnvoll, um die Attraktivität oft stereotyper Gewaltszenen zu dekonstruieren.

Die offene Abschlussdiskussion konzentrierte sich auf organisatorische und institutionelle Möglichkeiten der künftigen Vernetzung und interdisziplinären Zusammenarbeit. Dabei verwiesen sowohl Teilnehmer aus der universitären Lehre und Forschung, der Bildungsarbeit in Gedenkstätten, Museen und Schulen sowie der Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus auf die Potentiale einer thematisch fokussierten Kooperation, die von dem Austausch von Forschungs-

daten und Archivmaterial bis zur Etablierung regelmäßiger Veranstaltungen und Publikationen reichte. Diskutiert wurde, inwiefern sich Organisationsformen künftig ausdifferenzieren ließen, um verschiedene kleinere Workshops und Veranstaltungen zu implementieren, die dann in größerem Kreis wieder zusammenfänden. Zugleich gelte es, ergebnisorientiert sowohl über Methoden, Begriffe und präzisere Konturen des Forschungsfeldes zu diskutieren als auch Möglichkeiten finanzieller und publizistischer Ressourcen auszuloten. Für die mögliche Etablierung eines Netzwerks der zeithistorischen Rechtsextremismusforschung stellte die Tagung in Potsdam somit den Anfang eines offenen Prozesses dar.

Konferenzübersicht:

Frank Bösch (Potsdam): Begrüßung

Yves Müller (Hamburg): Einführung: „Normalfall“ Neonazi – Oder: Gibt es eine zeithistorische Rechtsextremismusforschung?

Panel I – Gefahr von rechts und innere Sicherheit

Moderation: Gideon Botsch (Potsdam)

Dominik Rigoll (Potsdam): Die Gefahr von rechts nach dem Nationalsozialismus

Sarah Schulz (Kassel): Opposition und Staatskatastrophe – Juristische Geschichtsdeutung am Beispiel des SRP-Verbots 1952

Panel II – Politik und Kultur der extremen Rechten

Moderation: Hendrik Puls (Bochum)

Julia Kleinschmidt (Göttingen): „Ausländerstopp – damit wir eine Zukunft haben!“ Die extreme Rechte Westdeutschlands im Vorfeld der Asyldebatte

Christoph Schulze (Potsdam): Rechtsrock – Zur Geschichte einer Kultur der extremen Rechten am Beispiel des Landes Brandenburg

Panel III – Rechtsextremismus und politische Bildung

Moderation: Esther Lehnert (Berlin)

Henrike Voigtländer (Potsdam): Vom „Fußball-Skin“ zum „Kontrollmaterial Faschist“ - Rechtsextreme Frauen in der DDR

Anke Hoffstadt (Düsseldorf): Der Neonazi im Comic-Strip – Über Graphic Novels in der historisch-politischen Bildung

Gemeinsame Abschlussdiskussion

Moderation: Sebastian Bischoff (Paderborn)

Tagungsbericht *Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte*. 01.02.2019, Potsdam, in: H-Soz-Kult 30.03.2019.